

„Bedeutung der immerwährenden Neutralität!“,

Vortrag 1. Teil von Oberst i.R. Gottfried Pausch am 24.10.2023¹

Der Mensch braucht ein Plätzchen und wär's noch so klein,
von dem er kann sagen: Schau her, das ist mein.
Hier lebe ich. Hier liebe ich. Hier ruhe ich mich aus.
Hier ist meine Heimat. Hier bin ich zu Haus.

Heimat ist für uns alle unter anderem auch dort, wo man sich wohlfühlt. Ich kann es jetzt nur von mir sagen, ich fühle mich seit der ersten Minute, seit ich also hier in diesem Raum sein darf, sehr wohl. Nicht zuletzt wegen dieser beiden Initiativen «Neutrales Freies Österreich» und Initiative «Heimat und Umwelt» mit den zwei Persönlichkeiten: Ich beginne bei der Inge Rauscher – vielen herzlichen Dank – und beim Herrn Diplomingenieur Daniel Jenny. Besonderer Dank aus meiner Sicht an euch alle für das Interesse an diesem Thema: Neutralität Österreichs. Der Vortrag gliedert sich in zwei Teile, wobei wir uns heute verständigt haben, dass dazwischen eine einminütige Pause ist, weil ich umschalte auf den zweiten Teil. Der erste Teil «Neutralität – ein Schatz für unser Land» mit vier Themenfeldern:

- «Geschichte der österreichischen Neutralität»: Wer das nicht wüsste, hat ein Informationsdefizit.
- ein kurzer Blick auf das Bundesverfassungsgesetz zur Neutralität Österreichs
- Wie sieht die politische Realität aus?
- Die Kernfrage: Ist es ein Erfolgsrezept oder ist es ein alter Zopf, wie manche zu behaupten wagen

Der zweite Teil enthält einen Blick auf eine weitere Form der NATO-Mitwirkung Österreichs:

- Sky Shield als europäisches Projekt
- «Partnership for Peace» als NATO-Aktivität und
- «Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat EAPC», wo Österreich ebenfalls mitwirkt

Zwei Themenfelder:

- Die Frage, ob die NATO eine Schutzmacht für unser Land Österreich wäre, als Alternative zur Neutralität.
- Sky Shield: Eine Gefahr oder ein realistischer Schutz für Österreich

Es wird eine eigene Diskussionsrunde geben. Ich freue mich jetzt schon auf den offenen und kritischen Gedankenaustausch. Einige könnten sagen: «Bitte, der hat's nicht alle ja, der möchte fast zwei Stunden dozieren.» Aber Fragen können Sie bitte gerne während des Vortrages stellen, ich kann nur versprechen, die Zeit wird im Nu verfliegen. Die Thematik ist spannend.

Es geht auf in die erste Runde mit «Neutralität – ein Schatz für unser Land». Es ist ein brandaktuelles Thema. Ich knüpfe im geschichtlichen Kontext an das Jahr 1955 an. Alleine die hier jubelnde Menge zeigt, dass die Zustimmung zu diesem Schritt Österreichs eine spürbar andere war, als was der Einleitende gesagt hat mit «In der Volksschule oder in Schulen wird es kaum mehr erwähnt». International war Österreich als Ort der Vermittlung hoch angesehen. Ich nehme nur als Beispiel den ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf her, der es mindestens als Repräsentant Österreichs geschafft hat, auch die beiden Kontrahenten von damals 1961 – der US-Präsident John F. Kennedy und der Präsident der UdSSR Nikita Chruschtschow – an einen Tisch zu bringen. Voraussetzung war zum damaligen Zeitpunkt eine glaubwürdige Sichtweise zur Neutralität Österreichs.

Österreichs Neutralität ist ein Schatz. Politische Repräsentanten dürfen diesen nicht aufs Spiel setzen. Man müsste nur jene Politiker wieder haben, die die Vision haben, komplementär zur umfassenden Landesverteidigung ULV² auch die Neutralität als ganz wesentlichen Teilaspekt wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Aktuell ist diese Gefahr besonders groß, dass das Ganze den Bach hinuntergehen könnte. Die Frage

¹ Abschrift des Vortrages. Es gilt das gesprochene Wort. Der Vortrag wurde am 24. Oktober 2023 im Heurigerschank „ZUM BERGER“, WIEN, gehalten (3/5). Er wurde von den Bürgerinitiativen «Bündnis Neutrales Freies Österreich NFÖ», <https://nfoe.at/>, und der «Initiative Heimat und Umwelt IHU» <https://heimat-und-umwelt.at/> veranstaltet.

² Siehe auch https://de.wikipedia.org/wiki/Umfassende_Landesverteidigung

ist aber, warum sich viele Soldaten so vehement für die Beibehaltung unserer Neutralität einsetzen. Für mich ist eine der Antworten: Wir haben ein Gelöbnis abgelegt. Ein Gelöbnis zur ewigen Treue zu unserer Heimat Österreich. Das ist so wie beim Heiraten: «in guten und in schlechten Zeiten» wird versprochen. Kaum kommt der Gegenwind, sind einige schon wieder weg. Das geht aber bei uns nicht. Wir haben ewige Treue unserem Land Österreich geschworen. Nicht nur wir als Kadersoldaten, sondern auch all jene, die den Grundwehrdienst leisten. In einem feierlichen Akt sagen sie:

«Ich gelobe mein Vaterland, die Republik Österreich und sein Volk zu schützen und mit der Waffe zu verteidigen»

Wenn es einmal so weit kommt, hat auch die Politik, die Neutralitätspolitik, weitgehend versagt. Das wäre das Kriterium, das über 40 Jahre, 1955 bis 1995, wesentlich besser gewirkt hat als seit 1995, seit wir bei der EU sind. Wir Soldaten überlegen uns aus diesem Gelöbnis heraus, wie es uns ergehen könnte, wenn wir plötzlich zwischen die Fronten geraten. Wenn dieser Personenkreis nicht die Stimme erhebt, wer dann? Wir hätten den Kopf hinzuhalten. Wir müssen aufpassen, dass nicht Österreich plötzlich zwischen die Fronten, bezogen auf den Ukrainekrieg zwischen zwei Weltmächte gerät und als Kriegsunterstützer eingestuft wird. Dann ist es vorbei. Wir haben schon viel Reputation verloren. Wir Soldaten sind grundsätzlich der Bundesverfassung und den dort verankerten Grundrechten verpflichtet. Es ist eine große, aber auch sehr lohnende Aufgabenstellung, die wir haben. Wir denken und handeln im Sinne der Staatsbürgerinnen, weil Österreich eine demokratische Republik ist und ihr Recht vom Volk ausgeht. Das Volk ist der Souverän. Deshalb sind wir Soldaten der Bundesverfassung und unseren MitbürgerInnen primär verpflichtet.

Auf diesem Bild hat es so bei mir ausgeschaut. Ich habe eine große Freude, vier meiner Offizierskameraden, die hier schön verteilt sitzen, begrüßen zu können. Mich freut es ungemein, ich bedanke mich besonders herzlich. Da war ich noch ein bisschen schlanker. Einerseits war damals die Begeisterung am Platz der Militäarakademie Theresienplatz. Andererseits, was mich besonders mit Stolz erfüllt, wir haben den damaligen Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger als großes Vorbild gehabt. Das ist eine ganz andere Dimension von Politikern im Vergleich zu denen, die wir heute haben. So ist es aus meiner Sicht. Er war als Staatsoberhaupt und Mitbürger ein großes Vorbild. Er hat den Wert der Neutralität genau gekannt. Er hat in einer Zeit gelebt, in der die Schrecken mindestens des Zweiten Weltkrieges dieser Generation in die Knochen gefahren ist. Die haben genau gewusst, dass jeder Strohalm, der uns vor solchen Entwicklungen eventuell wieder bewahren könnte, Goldes wert ist. Die heutigen Generationen wissen erstens wenig von der Zeitgeschichte und zweitens sagen sie, die Generationen zuvor haben keinen Weitblick gehabt. Die haben einen größeren Weitblick gehabt als derzeit so mancher in einer jüngeren Generation. Sie haben gewarnt vor ähnlichen Entwicklungen in der Zukunft. Das Buch «Der Friede beginnt im eigenen Haus» von Rudolf Kirchschläger ist ein Hit, bis zum heutigen Tag gültig und lesenswert. Da sieht man, welche Geistesgröße der damalige Bundespräsident als Verfechter der immerwährenden Neutralität war. Ich möchte eine seiner zahlreichen Ansprachen zum Nationalfeiertag hier kurz einspielen³.

«Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben jungen Mitbürger, Was alle Jahre wiederkehrt, droht zur Gewohnheit zu werden. Das entspricht unserer Natur und doch, wollen wir unserem Leben möglichst viel Inhalt geben, müssen wir auch für das, was uns zur Gewohnheit wird, immer wieder aufs Neue die Sinnfrage stellen. Dies gilt auch für den Nationalfeiertag. Dass es ein gesetzlicher Feiertag ist, das wissen wir. Dass er uns an jenen 26. Oktober 1955 erinnert, an dem der österreichische Nationalrat das Bundes -Verfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs beschlossen hat, ist manchen von uns noch in Erinnerung. Diese immerwährende Neutralität, die damals beschlossen wurde, vermittelt unserer Republik eine sehr wertvolle Aufgabe, die wir im Interesse Europas und manchmal sogar im Interesse der Welt haben. Sie immer aber auch gleichzeitig im eigenen Interesse erfüllen, das werden wir uns auch manchmal zum Bewusstsein bringen. Mir scheint, der Nationalfeiertag verlangt noch mehr von uns. Er erinnert uns an die grundsätzliche Frage, was wir, also jeder von uns, bereit sind für unsere Republik Österreich, also für unsere Heimat und für unser Volk zu tun.»

Seine drei Kernaussagen sind:

³ <https://www.youtube.com/watch?v=q5etydlbvMQ>, 0 - 1:44

- Die immerwährende Neutralität, die der österreichische Nationalrat am 26. Oktober 1955 beschlossen hat, vermittelt unserer Republik eine sehr wertvolle Aufgabe, wenn man es versteht, mit diesem Instrument auch wirklich, wie im Bereich der Diplomatie, gut umzugehen.
- Wir sollten uns diesen Umstand im Interesse Europas, also deutlich über unser Land hinausgehend, im Interesse der Welt und im eigenen Interesse immer wieder ins Bewusstsein rufen. Dieses Appells sollten wir immer uns bewusst sein.
- Er sagt zum Schluss: Der Nationalfeiertag verlangt noch mehr von uns. Er erinnert uns an die grundsätzliche Frage, was jeder von uns als Staatsbürger bereit ist, für unsere Republik Österreich, für unsere Heimat und für unser Volk zu tun. Es ist ein klares Bekenntnis in dieser politischen Funktion zum Dienen und es beweist den Respekt vor dem Souverän, dem Volk.

Die politischen Persönlichkeiten aus dieser Nachkriegszeit, die ganz wesentlich an diesem Konstrukt der immerwährenden Neutralität mitgewirkt haben, wie die Bundespräsidenten der damaligen Zeit oder die Bundeskanzler, wussten um die Gräuel jedes Krieges und das damit verbundene Leid. Es reihte sich als Vorbild, aus meiner Sicht auch der Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky an. Den werde ich heute noch ein paar Mal in den Mittelpunkt rücken. Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat ein anderes Verständnis und Bild, auch Vorbild, abgegeben. Allesamt sind vehemente Verfechter für die Neutralität Österreichs.

Dieser Aphorismus⁴ passt auch in die heutige Zeit:

«Das Wissen um die eigene Geschichte ist ein solider Grundstein, um die Gegenwart zu meistern und eine bessere Zukunft aufbauen zu können»

...im Interesse jener, die die Nachfolgegeneration, unsere Kinder, unsere Enkel sind. Das ist die Dimension, wofür wir uns als Generation einzusetzen haben. Es sollte jedem klar sein, was militärische Auseinandersetzungen in einer gewissen Dimension an Leid und an Opfern mit sich bringen. Auch die 10 Jahre Besatzungszeit in Österreich, Mai 1945 bis Oktober 1955, sollten wir, auch wenn wir sie selbst nicht erlebt haben, nicht vergessen. Das war der Schwur der Generation 1955: «Nie wieder Krieg.» Jetzt sind wir so nahe an kriegerischen Geschehnissen, dass man sich fragt, wie gibt's das? Auf dem steinigen Weg Österreichs in die Freiheit von damals gibt es zwei wesentliche Meilensteine:

- Das ist erstens das Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität als Vorstufe in der Betrachtung des Inhalts unseres Staatsvertrages, formuliert als sogenanntes «Moskauer Memorandum». Es wurde im April 1955 unterzeichnet. Darin heißt es, das Moskauer Memorandum ist eine politische Vereinbarung zwischen der sowjetischen und der österreichischen Regierung, die den Abschluss des Staatsvertrages ermöglichte und zwar unter den Bedingungen, die dann auch von uns dankend angenommen worden sind: Österreich versprach in Moskau in Form dieser Delegation nach Abschluss des Staatsvertrages seine immerwährende Neutralität zu erklären. Daraufhin erfolgte die Zusage der Sowjetunion – das war ja kein unwesentlicher Teil der Siegermächte – zur Anerkennung der Neutralität, zur Garantie der Unversehrtheit und Unverletzlichkeit des österreichischen Staatsgebietes und zum Abzug der Truppen aus Österreich. Ursprünglich hat es gar nicht so ausgesehen, als würde das gelingen.
- Der zweite Meilenstein ist der Staatsvertrag selbst. Er wurde unterfertigt von den vier Siegermächten, also UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich. Er wurde einen Monat später unterzeichnet, nachdem das Moskauer Memorandum eben unterfertigt worden ist. Ohne Moskauer Memorandum hätte es diesen Staatsvertrag in diesem Inhalt für Österreich nicht.

Im Jahr 1955 war die immerwährende Neutralität das Tor in die neue Freiheit. Die hat natürlich die damalige Bevölkerung noch im Wissen, um die Gräuel des Krieges wirklich begeistern können.

Was wir nicht vergessen sollten, ist, dass das Original des österreichischen Staatsvertrages nach wie vor in Moskau liegt. Es hat Symbolwirkung. Im dortigen Außenministerium, dem Staatsarchiv. Putin weiß das. Wir sollten davon ausgehen, dass er es weiß.

Je stürmischer die Zeiten, desto wichtiger wäre vernünftiges Handeln auch auf der politischen Ebene. Das, was sich derzeit auch in der Ukraine abspielt, ist natürlich in Bezug auf die Vernunft nicht sehr erfreulich. Die

⁴ Lebensweisheit gemäß Duden

Vernunft tritt in den Hintergrund und da geht's natürlich zur Sache. Zu allem Überdross kommen neue Geschehnisse, wie der 7. Oktober, mit mindestens derselben Sprengkraft auf uns zu. Es wird als Krieg gegen Israel im Nahen Osten bezeichnet, mit Sprengstoff über diese Region hinausgehend. Vor allem mit den Staaten Iran und Saudi-Arabien, die sich ja bereits positionieren. Daraus ergibt sich eine spürbare Anspannung. Nicht ohne Grund haben der Innenminister und die Verteidigungsministerin in der Pressekonferenz vor wenigen Tagen die konkrete Gefährdungslage und erhöhte Anschlaggefahr in den Mittelpunkt gestellt. Das hat mit dem Anschlag vom 16. Oktober zu tun, bei dem zwei schwedische Staatsbürger in Brüssel erschossen worden sind. Innenminister Gerhard Karner hat die Terrorwarnung auf die zweithöchste Stufe angehoben. Wir hoffen, dass sich übermorgen beim Nationalfeiertag nicht ein Zwischenfall ergeben könnte, weil eben andere sich in die Richtung aufschalten. Ich will nicht den Teufel an die Wand malen, aber etwas braut sich in Europa zusammen.

Während der Zeit der militärischen Bündnisse mit dem Warschauer Pakt und der NATO, die sich 1955 in Mitteleuropa gegenüberstanden, hat die Karte so ausgesehen. Dann kam die Entwicklung der NATO-Erweiterung in dieser Form. Mit dem Beitritt von Finnland im April dieses Jahres sind es mittlerweile 31 NATO-Mitgliedstaaten. Die NATO ist bestrebt, weitere Länder, wie Schweden und die Ukraine, in ihren Einflussbereich zu bringen und mit den Ländern Irland, Schweiz, Österreich, Bosnien-Herzegowina und Serbien eng zu kooperieren. Die Schweden sind, nachdem der Widerstand der Türkei aufgegeben worden ist, im Beitrittsprozess. Russland ist daran interessiert, dass keine weiteren Staaten in Richtung NATO abdriften. Die Indizien, dass die Ukraine der NATO beitreten sollte, sind dadurch gegeben, dass die Ukraine eine Einladung zu diesem Prozess erhalten hat. Russland fühlt sich dadurch auf jeden Fall direkt bedroht, weil es ein Heranrücken der NATO-Strukturen an die Landesgrenzen Russlands bedeutet. Putin hat seit 2014 mit der Wegnahme der Krim die Ukraine im Visier. Die Annexion der Krim im März 2014 hat damit zu tun, dass die Schwarzmeerflotte in ihrer Möglichkeit von Einsätzen beeinträchtigt wäre, wenn die Krim aus Sicht des russischen Präsidenten in der Hand der Ukraine verblieben wäre. Über die Abstimmung durch die Bevölkerung der Krim wissen wir Bescheid. Der Einmarsch in die Ostukraine erfolgte zunächst in verdeckter Mission bereits im März 2014, nicht erst im Februar letzten Jahres. Derzeit sind die vier Teilrepubliken in der Ukraine heftig umkämpft. Ob die Ukraine diese Gegenoffensive fortführen und erfolgreich weiterführen kann, ist fraglich. Die Hauptstadt liegt also phasenweise unter Beschuss. Die Amerikaner haben zwei Flugzeugträgerflotten ins Mittelmeer verlegt. Die USA haben sich mit ihren Waffenplattformen im Mittelmeer positioniert. Hier ein kurzer Ausschnitt. ... Dies ist als Teilaspekt eingespielt, aber es ist ein Hinweis auf eine größere bevorstehende Verwerfung. Ruhe vor dem Sturm?

Ich beginne mit einer Einspielung aus dem Jahr 1986, in dem Bruno Kreisky nicht mehr Bundeskanzler war⁵:

«Unten im Mittleren Osten vollzieht sich ein furchtbares Blutbad jeden Tag. Ich habe das immer kommen gesehen und bin sehr traurig darüber, dass es gekommen ist. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere von euch an die Zeit, in der ich mich um diese Dinge gekümmert habe, als einziger Regierungschef in Europa, und gewarnt habe davor, dass das kommen wird. Da hat's in den Wirtshäusern und bei den Stammtischen geheißt: 'Wos mocht der Kreisky olleweil bei de Palästinenser?' Natürlich, weil ich der Meinung bin, dass die ein Recht zur Existenz haben, ein Recht auf ihr Leben haben und dass man ihr Land ihnen nicht wegnehmen darf. Und dass es vor allem die Israelis nicht dürfen. Sie müssen eine Lösung finden, wie zwei Staaten nebeneinander existieren können: Dafür habe ich jahrzehntelang gekämpft und wurde vom Führer der Opposition, wie heißt er nur, bekämpft.»

Wenn das jemand heute in dieser Deutlichkeit sagen würde, dann ist Feuer am Dach. Soweit haben wir uns von einer kritischen Sicht, die durchaus gerechtfertigt ist, entfernt. Das ist keine gute Entwicklung für unser Land und schon gar nicht als neutral definierter Staat.

Ich gehe auf ein Motto von Einsatzkräften ein. Das betrifft ja nicht nur uns Soldaten oder die, die im Soldatenstand waren, sondern auch die Polizei, Rettung, Feuerwehr und dergleichen:

⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=TAPW8R6cnWI&t=341s>, International - Bruno Kreisky zu Palästina, 4:16 - 5:38

«Handle wie ein Optimist, aber plane voraus wie ein Pessimist. Wenn du beim Vorausdenken und Vorausplanen mit dem schlimmstmöglichen Fall rechnest, dann kannst du ihn auch besser verkraften, wenn er tatsächlich eintritt.»

Wir wünschen uns es nicht, dass das, was wir im Rahmen unserer dienstlichen Verwendungen analysieren, tatsächlich kommt. Aber wir müssen das untersuchen, auch im Interesse unseres Landes. Etwa im Thema umfassende Landesverteidigung beschäftigen wir uns mit Dingen, die denkmöglich und somit realistisch sind. Wünschen tun wir uns das nicht.

Kurz zurück in die Nachkriegszeit: Als Begleiterscheinung der Konfrontation zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO damals entstand das Szenario des Eisernen Vorhangs, der durch Europa eine Trennlinie zog. Die damalige UdSSR mit Stalin hat einen Schachzug ins Spiel gebracht. Die NATO wurde am 4. April 1949 gegründet⁶. Zahlreiche Panzerarmeen standen sich in dieser Pattsituation feindlich gegenüber. Das politische Kalkül der Sowjets war, dass man zur neutralen Schweiz zusätzlich den Baustein des neutralen Österreichs hinzufügt und so zwischen NATO-Südstaaten und NATO-Nordstaaten einen vergrößerten neutralen Kern einschaltet. Das hat zwar den Vertretern aus Amerika und aus Großbritannien, Roosevelt und Churchill, nicht immer ganz behagt. Aber sie haben sich auf diese neue Aufgabenstellung, Österreich als neutraler Staat, eben geeint. Auch das kennt Putin: Diese Verpflichtung zu einer ernsthaften Neutralität wie versprochen. Die Russische Föderation ist eben der Nachfolgestaat der Sowjetunion. Sie hat das Mandat im UN-Sicherheitsrat übernommen. Es ist uns allen das Konzept in Erinnerung, wie sich das neutrale Österreich als Kleinstaat in dieser Paktsituation in den Bereichen militärische Landesverteidigung, geistige Landesverteidigung, wirtschaftliche Landesverteidigung, zivile Landesverteidigung verhalten möchte. Der General Spannocchi als Armeekommandant hat dem Bundeskanzler Kreisky dieses Konzept so erläutern können, dass die Politik es akzeptiert hat. Wir haben in der Paktsituation einen Mobilmachungsrahmen in Österreich von 300.000 Reservisten aufzuweisen gehabt. Die Schweiz hatte zu diesem Zeitpunkt 600.000. Das war eine Volksarmee und der damaligen Situation angepasst. Es mussten etwa sieben Divisionen erwartet werden. Österreich hat mit den Streitkräften einfach das Beste gegeben. Wir hätten Widerstand gegen derart vorrückende Verbände geleistet.

Die Rolle der UNO-City in Wien kommt im August 1979 ins Spiel, zu der wiederum Kreisky als Bundeskanzler gesagt hat:

«Die UNO-City möge zum Symbol für das neutrale Österreich und dessen Beiträge zur Entspannungspolitik in Europa werden.»

Das war die komplementäre Komponente der Diplomatie, dass wir die Neutralität als Vermittler, aber ernstgemeinter Vermittlungstätigkeit, in Verbindung mit einer effektiven umfassenden Landesverteidigung vorleben. Das war das Konzept. Kluge Diplomatie wäre ein wichtiger Faktor für unser neutrales Österreich. Diplomatie ist die Kunst der Konfliktentschärfung. Es wird versucht, Kontrahenten so zufriedenzustellen, dass jeder denkt als Sieger hervorgegangen zu sein. Du brauchst Grips, Du brauchst Vision und Du brauchst diplomatisches Geschick. Wir haben nicht mehr die hellsten Kerzen auf der Torte. Da habe ich einen passenden Aphorismus gefunden:

«Die beste Diplomatie ist das Schweigen.»

Das kann schon sein. Es darf nur nicht dazu führen, dass wir ein Schatten-Dasein ohne Aktivitäten führen. Das betrifft den derzeitigen Amtsinhaber in der Hofburg. Diese Vorschläge waren in diesem Zusammenhang nicht sehr klug und weitblickend bezogen auf die immerwährende Neutralität unseres Landes. Das müsste sich von der Spitze oben nach unten hin in eine andere Art und Weise durchziehen. Der Bundeskanzler hat es insofern relativiert, dass eine Geldsumme an die Ukraine überwiesen wird. Da sieht man, wie es uns herumreißt. – Jetzt kommen wir zu dieser Zäsur 1995 mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Das Stichwort ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik GASP. Damit nimmt Österreich seine Neutralität nicht mehr so ernst, weil plötzlich gibt es mindestens wahrnehmbar auch noch einen Art EU-Schutzschirm. Das Motto «Es werden uns ja andere hoffentlich helfen» wird nicht ohne Gegenleistung möglich sein. Plötzlich entsteht ein enormer Aufholbedarf an moderner Ausrüstung und zeitgemäßer Infrastruktur beim Bundesheer, weil das Ganze ein bisschen verlottert ist. Es werden schon die anderen einspringen. Das wäre

⁶ <https://www.youtube.com/watch?v=mHOp-3BYswQ>, 0:03 - 1:27 von Gesamtlänge: 1:32

das typische Trittbrettfahrer-Denken. Das tut unserem Land nicht gut und entspricht auch nicht unserer Neutralität.

Nach dem Motto, uns kann eh nichts passieren, wir sind pro forma neutral. Das wäre ein fataler Irrtum, wenn jemand auf diese Formel zurückgreifen möchte. Das Bundesheer wird seit diesem Zeitpunkt, wo man von der Friedensdividende spricht und sagt, es ist ja rundherum alles im Frieden, stiefmütterlich behandelt. und die umfassende Landesverteidigung wird nicht in der Ernsthaftigkeit verfolgt, wie es gehörte. Die geistige, wirtschaftliche und zivile Landesverteidigung – alles könnte man besser machen, wie wir es bei der Raumverteidigung schon gehabt haben. Der Landesverteidigungsbericht kommt jedes Jahr heraus. Jener von 2022 zeigt deutliche Mängel auf mit Investitionsstau, Personalengpässe usw. Alles ist nicht so leicht. In der Riege der Verteidigungsminister, ich habe sie nur seit 1990 aufgelistet, hat einer, der auch Bundesoffizier war, Generalmajor Starlinger, zumindest Mut bewiesen, im August 2017 darzustellen, in welchem Zustand der Aderlass beim Bundesheer bereits erfolgt ist. Er hat wenigstens Klartext gesprochen. Diese Prozentsätze im Aderlass des Bundesheeres für die militärische Landesverteidigung, das ist nicht seriös. Er hat es auch mit der Formulierung zum Ausdruck gebracht – und es war schon sehr heftig, diese Feststellung:

«Ein Schutz der Bevölkerung durch das Bundesheer und eine flächendeckende Sicherung der kritischen Infrastruktur sind schon heute nicht mehr möglich.»

Da stellt man sich die Frage, wohin tendiert unser Land? Neutralität ist nicht kostenlos. Da muss man sich, so wie die Schweiz, bemühen. Generalmajor Starlinger war bis 2022 der Adjutant von Bundespräsident Van der Bellen. Er ist jetzt in Brüssel.

Vor einem Jahr, am 6.10., hat die Verteidigungsministerin, stolz auf ihre politischen Aktivitäten, gesagt, es gibt eine Anschubfinanzierung für das Bundesheer von 16 Milliarden. Bei genauerem Hinschauen in den Budgetplänen ist es auf 10 Jahre ausgelegt. D.h. wenn es tatsächlich 16 Milliarden auf 10 Jahre geben würde, dann müssten wir heuer für das Jahr 2023 1,6 Milliarden dazu erhalten, was aber nicht der Fall ist. Da sieht man, dass Ankündigungspolitik nicht geeignet ist, um die Position der umfassenden Landesverteidigung zu stärken, und auch nicht, um die Neutralität hier ins Spiel zu bringen.

Der Krieg in der Ukraine ist ein Grund für diese politische Absichtserklärung. Jetzt brennt es vor der Türe. Das ist nicht ein ehrliches Bemühen. Man gelangt zur späten Einsicht, dass der Raubbau am Bundesheer ein fataler Fehler war. Es kommt heraus, dass niemand das vorhersehen konnte. So geht es nicht. Dafür gibt es ja Leute, die diese Szenarien beurteilen und das Nötige fordern. Die Politik muss mitziehen. Da sind wir nicht unbedingt auf dem besten Weg. Wir sind im Wettlauf mit der Zeit. Es gibt einen enormen Aufholbedarf, moderne Fahrzeuge, geschützte Fahrzeuge. Man plant bis zum Jahr 2030, also innert 7 Jahren, 525 Millionen andere hoch notwendige Ausrüstungsgegenstände, zu modernisieren bzw. zu erneuern. Das Nachfolgemodell der C130, die den Flug nach Zypern nicht geschafft hat, ist ein neues brasilianisches Modell. Die Einkaufsliste ist relativ groß, weil der militärischen Landesverteidigung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Nun kommt der Vorschlag, den ich im zweiten Teil näher betrachten werde, dass wir ein Raketenabwehrsystem brauchen. Wenn wir die Hausaufgaben vorher nicht gemacht haben, die aus der Verpflichtung zur Neutralität heraus eine umfassende Landesverteidigung erfordert, brauchen wir uns mit Raketenusername nicht anfreunden. Ich werde die Schattenseiten dieses Raketenusername später darstellen.

Das IRIS-T-System⁷ wird derzeit ins Auge gefasst mit einer kürzeren Entfernung von 25 km Reichweite und einer mittleren Entfernung von 40 km. Man geht davon aus, dass die Beschaffung dieser acht Systeme 2 Milliarden kosten wird. Das ist nicht das Ende der Fahnenstange, da muss man einiges in der Infrastruktur und in der Ausbildung hinzuschießen. Das ist schade, dass unser neutrales Österreich vom Erfolgskurs der 50er bis 95er Jahre abgedriftet ist. Es fehlt der Weitblick. Der Beitritt zur EU hat indirekt dazu beigetragen.

Bundesgesetzblatt von 1955:

- «Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.»

⁷ Siehe auch <https://de.wikipedia.org/wiki/IRIS-T>

Ich weiß nicht, was die Germanisten am Begriff «immerwährend» auszusetzen haben. Immerwährend heißt nicht begrenzt. Immerwährend heißt immerwährend. Aber es wird alles unternommen, um das Ganze aufzuweichen. In der Diktion «Österreich ist nur militärisch neutral, aber wir sind in anderen Bereichen nicht neutral.» So kann man nicht ernst genommen werden. Der lateinische Stamm «neuter» bedeutet auf Deutsch «keiner (ne) von beiden (uter)». Das bedeutet: Keiner von beiden Kriegsparteien nähertreten, vermitteln: ja. Aber unterstützen oder Positionen beziehen: nein. Das wäre neutral!

Im zweiten Artikel wird genannt:

- «Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.»

Neutralität auf Basis einer durchdachten und ernstgenommenen umfassenden Landesverteidigung, so wie es im Bundesverfassungsgesetz steht, gepaart mit kluger Diplomatie: Das wäre der Erfolgskurs eines Kleinstaates. Wir haben es schon wesentlich besser praktizieren können, nur derzeit haben wir Repräsentanten, die auf dem Klavier nicht spielen können, wollen oder dürfen. Das ist nicht gut. Man könnte einige Teile dieses damals bewährten Raumverteidigungskonzeptes⁸ unter den derzeitigen Gegebenheiten ins Auge fassen, um eine realistische Form der Selbstbehauptung des Kleinstaates wieder zu gewinnen.

Wir sind oftmals in Schulen unterwegs gewesen und haben der Jugend die Neutralität Österreichs erklärt. Für die Verständigung einer umfassenden Landesverteidigung sind wir ausgerückt, ebenfalls für die Vermittlung einer geistigen und wirtschaftlichen Landesverteidigung, in der wir die Ressourcen innerhalb Europas in angemessener Art zum Wohle unserer Wirtschaft besser genutzt haben als heute. In der zivilen Landesverteidigung gab es sogar Schutzraum-Konzepte für jedes Haus, zumindest in den gesetzlichen Grundlagen. Nicht zu vergessen sind die Lebensmittelvorräte. Alle sind abgerückt von diesem Verständnis, dass die Zeiten auch anders kommen können. Alles schon so gut wie vergessen. Die Fußfessel 1 aus meiner sehr kritischen Sicht ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Diese stellt eine starke Klammer innerhalb des Vertrages von Lissabon in der EU dar und ist durchaus vergleichbar mit der Beitragspflicht von jenen Staaten, die in der NATO sind. Auf den Artikel 5 der NATO komme ich später.

Zur EU Battle Group⁹: Das Wort «battle group» heißt Kampfeinsätze für bestimmte Aufgabenstellungen für EU-Mitgliedstaaten. Da ist Österreich mit dabei. In zwei Jahren, 2025, wird Österreich bei der EU-Battlegroup die logistische Führung übernehmen. Wir sind mitten drinnen.

PESCO¹⁰ ist so eine Art Projekt, in der die Strukturen unserer Landesverteidigung mit den Strukturen der EU-Mitgliedstaaten gekoppelt werden.

In der Bundesverfassung gibt es ein eigenes Hauptstück mit Abschnitt B Europäische Union Artikel 23¹¹. Dieser Artikel beleuchtet die Mitwirkung Österreichs an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU GASP. Österreich wirkt an dieser gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU mit. Das schließt die Mitwirkung an Aufgaben sowie an Maßnahmen ein, mit denen die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu einem oder mehreren Drittländern ausgesetzt, eingeschränkt oder vollständig eingestellt werden. Da zieht Österreich mit.

Es geht auch in die militärische Dimension hinein: Bei Beschlüssen des Europäischen Rates, das ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs, trägt Österreich Aufgaben wie folgt mit:

- Einleitung einer Mission außerhalb der EU
- militärische Beratung und Unterstützung
- Konfliktverhütung und Erhaltung des Friedens
- Kampfeinsätze. Deshalb werden Battle Groups gefordert.

⁸ Siehe auch <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Raumverteidigung> und <https://de.wikipedia.org/wiki/Raumverteidigung>

⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/EU_Battlegroup

¹⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/PESCO>

¹¹ <https://www.jusline.at/gesetz/b-vg/paragraf/artikel23j> | Ziffer 1

Das Stimmrecht¹² ist im Einvernehmen zwischen dem Bundeskanzler und dem für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Bundesminister auszuüben – bei uns wäre es in derzeitigen Situation Nehammer und Schallenberg – auszuüben. So sind die Weichen in diesem Zusammenhang gestellt. Das muss man wissen. Das ist eingefügt in unser Bundesverfassungsgesetz. Das ist die Battlegroup. Österreich hat 2025 mit etwa 500 Soldaten in der logistischen Führung einen sehr wesentlichen Part dort übernommen.

Es gibt die «Permanent Structured Cooperation (PESCO)», um die Kompatibilität herbeizuführen, in der Annahme, es könnte parallel zur NATO auch eine eigene EU-Armee geben. Aber das ist relativ unwahrscheinlich, weil nicht einmal die NATO-Beiträge in der Höhe von 2% des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes einbezahlt werden. Wo hat da finanziell noch eine eigene EU-Armee Platz? Das ist nicht so einfach.

Zur NATO werden wir im zweiten Teil etwas sehen. Einige suchen eine stille Annäherung an die NATO in der leisen Hoffnung, dass die nordatlantische Verteidigungsorganisation das enorme Defizit in der Bewaffnung und Ausstattung unseres Bundesheeres kompensiert und im Ernstfall den Schutz mit übernimmt. Aber das wird sich anders gestalten. Die EU-Mitgliedschaft, GASP, die Mitwirkung bei der NATO in Partnerschaft für den Frieden PFP¹³ und im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)¹⁴ beeinflussen zumindest indirekt manche politische Entscheidung Österreichs, die mit dem Status der immerwährenden Neutralität nicht vereinbar ist:

- Kriegsmaterialtransporte sind nicht kompatibel mit dem, was wir unter Neutralität im Sinne der Gesetzgebung haben.
- Unter neudeutschen Worten wie «Host Nation Support» unterstützen wir als Gastgeber eine erhebliche Anzahl an Transporten durch Österreich auch in Richtung Ukraine.
- Österreich beteiligt sich am Wirtschaftskrieg gegen Russland. Die Aussage des Bundeskanzlers war, dass Österreich die Sanktionen gegen Russland weiter aufrechterhalten wird.
- Österreich beteiligt sich am Informationskrieg.
- Österreich weist russische Diplomaten zum wiederholten Male wegen Spionageverdachts aus.
- Der russische Botschafter in Wien Ljubinskij warnte zu diesem Zeitpunkt, im Februar, vor unvermeidlichen «reziproken» Maßnahmen, was auch immer das heißt. Das ist politisch verklausuliert, aber es heißt nichts Gutes.

Das alles geschieht aufgrund des Verhaltens des eigentlich immer neutralen Österreichs. Vor allem bei kriegerischen Auseinandersetzungen muss Österreich seinen neutralen Status unter Beweis stellen und darf keiner Kampfpartei den Vorzug geben, keiner von beiden, «ne uter». Vermitteln ja, Partei ergreifen nein. Das müssen die Leute kapieren, die eine politische Repräsentationsfunktion in unserem Land haben. Es muss wieder gelingen, die immerwährende Neutralität aktiv, wie schon in viel besseren Beispielen in den ersten 40 Jahren gezeigt worden ist, unter Beweis stellen. Alleine aus Dankbarkeit jener Generation gegenüber, die nach dem Zweiten Weltkrieg unsere völlig zerstörte Heimat wieder aufgebaut hat und aus der Verantwortung für unsere nachkommenden Generationen mit Kindern und Enkelkindern. Eine der Strophen unserer Bundeshymne enthält:

«Land der Berge ... zukunftsreich.»

Wir müssen die Weichen anders stellen, sonst ist es mit der Zukunft eines neutralen Staates nicht mehr so weit her. Den Frieden, den wir genossen haben, den müssen wir mit aller Kraft wieder beleben. Die Neutralität unserer Heimat Österreich ist aus diesem Grund für mich kein alter Zopf. Sie ist im Gegenteil wichtiger denn je und als Schatz zu betrachten. Man muss auf dem Klavier spielen können. Sie ist eine starke Säule unserer nationalen Sicherheit. Man kann zwar sagen, es ist gut, wenn man Vertrauen in die Politik hat. Die Abstimmung durch das Volk als Souverän in etwas regelmäßiger Form wäre aber bei uns dringend notwendig, nach dem Vorbild der Schweiz. Hier sind wir bei einer Forderung: Im Wissen, dass die Neutralität eine starke Verankerung in der Bevölkerung hat, gehört der Schritt mit einer Volksabstimmung über die Neutralität gesetzt. Wir wissen, dass in Österreich der Hang zur Volksabstimmung mit einem definierten

¹² <https://www.jusline.at/gesetz/b-vg/paragraf/artikel23j> | Ziffer 3

¹³ <https://www.bmeia.gv.at/oev-nato-bruessel/oesterreich-und-die-nato/partnerschaft-fuer-den-frieden-pfp>

¹⁴ <https://www.bmeia.gv.at/oev-nato-bruessel/oesterreich-und-die-nato/euro-atlantischer-partnerschaftsrat-eapc>

Gesetzestext nicht sehr groß ist. Man hat bei der Wehrpflichtfrage lediglich eine Volksbefragung veranlasst, dazu aber gesagt, so wie es ausgeht, wird es akzeptiert. Das wäre jetzt wichtig, damit nicht plötzlich in der Zusammensetzung unseres Nationalrates das Bundesverfassungsgesetz zur Neutralität Österreichs mit zwei Drittel Mehrheit abgeschafft wird. Da muss man vorher das Votum dem Volk zuspieren. Davon bin ich überzeugt. Es ist ein Anker zu schlagen, dass das nicht geht. Gemäß den Umfragen¹⁵ halten etwa 90% die Neutralität für wichtig oder sehr wichtig. Den Rückenwind müssen wir nutzen! Es soll ein für alle Mal klar sein: wir geben diesen Schatz der Neutralität nicht auf. Aufgrund der Sitzverteilung sind 152 Mandatare¹⁶ theoretisch eine satte Mehrheit. Wir haben gesehen, wie das Impfpflicht-Gesetz wie aus Geisterhand entstanden ist. Es gab eine Zwei-Drittel-Mehrheit, sogar deutlich darüber. Bei der Neutralität wäre auf jeden Fall zu vermeiden, dass so etwas wegen des Abstimmungsverhaltens im Nationalrat, am Volk vorbei, entschieden wird. Das Volk ist der Souverän. Wenn es Fehlentwicklungen bei uns gibt, müssen die BürgerInnen im Rahmen der gesetzlich verankerten Wahlen auf jeden Fall ganz genau nachdenken, wem sie eigentlich ihre Stimme geben. Wir Staatsbürger als Souverän müssen zum Motor und, wenn notwendig, eines Umdenkprozesses werden! Der Ausspruch von Immanuel Kant hat Geschichte geschrieben:

«Habe den Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.»

Mittlerweile sind wir in etlichen Beispielen fast dort, dass jemand fragt:

«Darf man das?»

Dass nicht gerade «Atmen unter Aufsicht gestellt» wird, zeigt, wohin wir uns eigentlich entwickelt haben. Wir brauchen, was die Empathie betrifft, Fachkompetenzen, Methodenkompetenzen Sozialkompetenzen und Persönlichkeitskompetenzen. Wir müssen auf eine neue Form der politischen Repräsentanten hinarbeiten. Wir wissen, in unserem Parteiensystem geben wir die Stimme einer Partei und die suchen sich die entsprechenden Repräsentanten aus. Das ist nicht optimal. Da kommen wir nicht umhin!

Um nochmals Kreisky zu bemühen. Er war aus meiner Sicht in seinem damaligen Wirken ein Vorbild der besonderen Art. Er war aufgrund seines geschichtlichen Wissens nicht nur ein Bundeskanzler mit Weitblick, sondern auch ein mutiger Bürger, der klare Worte fand, wenn diese angebracht waren. Das ist dieses legendäre Interview mit dem ORF-Reporter damals. Das müssen wir einspielen, das ist ein zeitgeschichtliches Dokument¹⁷:

Kreisky: «Ich habe die Erste Republik mit all den Justiz-Tricks der damals regierenden Christlich-Sozialen Partei erlebt, und ich werde früh genug warnen und lass mir das Recht, das zu tun, von niemanden streitig machen. Der Bundespräsident hat korrekt gehandelt, ein Glück, dass wir ihn haben, aber ich kenne andere Bundespräsidenten, die in solchen Situationen nicht die Grenzen und die Aufgaben erkannt haben.»

Reporter: «Herr Bundeskanzler, ist dieser Verweis auf die Erste Republik nicht übertrieben, wenn man in Rechnung stellt, dass alle Bundespräsidenten der Zweiten Republik eigentlich keinen Anlass zur Klage gegeben haben in dieser Richtung?»

Kreisky: «...Angesichts dessen, was heute in Spanien in der Nacht passiert ist, fragen Sie mich, ob ich übertriebene Ängste habe?»

Reporter: «Wir sind in Österreich.»

Kreisky: «...Lernen Sie ein bisschen Geschichte. Dann werden Sie sehen, Herr Reporter, wie das in Österreich sich damals im Parlament entwickelt hat.»

Reporter: «Herr Bundeskanzler, mir sind die Ereignisse der Ersten Republik bewusst, aber wir sind ja jetzt in der Zweiten Republik.»

Kreisky: «Das ist ja kein Grund. Das ist eine sehr primitive Formulierung. Da müssen Sie überhaupt keine Geschichte mehr lernen. Da hat sie überhaupt gar keinen Sinn. In der Ersten Republik ist da die

¹⁵ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/992825/umfrage/wichtigkeit-der-neutralitaet-in-oesterreich/>

¹⁶ 71 ÖVP + 40 SPÖ + 26 Grüne + 15 NEOS = 152 von 183 Nationalratsabgeordneten

¹⁷ 24.2.1981, 14:00 Uhr, ORF 2, <https://on.orf.at/video/6565177/Kreisky-LernenS-ein-bissl-Geschichte> und <https://www.youtube.com/watch?v=-6tGeluhi9I>

Krise vom Parlament ausgegangen, dem man das Recht abgesprochen hat, es verweigert hat, sich selbst seine Regeln zu geben. Denn die Krise im Parlament damals wäre durch eine Konferenz der drei Präsidenten ohne Schwierigkeit zu beseitigen gewesen, aber die Regierung hat es nicht erlaubt. Und weil man das alles erlebt hat, warne ich vor falschen Kompetenzen und vor falschen Versuchen, Leute in eine Sache hineinzuziehen, die nicht ihre ist. Ich sehe gewisse Tendenzen heute in der Welt und ich glaube, dass man denen [gegen]steuern muss.»

Reporter: «In der Welt ja. Aber in Österreich?»

Kreisky: «Auch in der Umgebung Österreichs und auch gewisse Tendenzen in Österreich selber, die ich für besorgniserregend halte: die Missachtung des Parlaments und seiner Möglichkeiten, solche Konflikte selber auszutragen.»

Solche Antworten heute aus dem Mund des Bundeskanzlers zu hören, das wäre eine Sensation. Aber viele können ihm nicht das Wasser reichen. Jetzt im geschichtlichen Zusammenhang und in seiner Überzeugtheit, dass Österreich einen ganz anderen, auch wertvollen Kurs steuern kann. Viele politische Repräsentanten von heute haben aus meiner Überzeugung keine Ahnung von den zeitgeschichtlichen Geschehnissen und somit auch von der Bedeutung der Neutralität für Österreich und seine Bevölkerung. Das ist ein gefährlicher Kurs. Mein Appell bei den kommenden Wahlen: erinnert euch daran, welche Parteien die Neutralität Österreichs über die Hintertüre mindestens schwächen oder gar abschaffen wollen!

Natürlich ist der Spagat für das neutrale Österreich in der engen Zusammenarbeit als EU-Mitgliedstaat nicht immer ganz einfach. Ich habe Ralph Janik¹⁸ mit zwei Aussagen in seinem Grundsatzpapier «Neutralität und der österreichische Beitrag zur EU-Sicherheitspolitik» einbezogen. Aus rechtlicher Sicht, sagt Janik, bleibt von der Neutralität nur mehr herzlich wenig übrig. Das heißt, der Beitritt zur EU ist eine Schwächung unseres Status der Neutralität, sobald die EU im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik handelt. Er zitiert in diesem Papier Dr. Öhlinger¹⁹ als Verfassungsexperten. Sie sehen in der EU ein Verteidigungsbündnis. Daraus folgt ein eklatanter Widerspruch zum Neutralitätsgesetz. Inge Rauscher hat es zu Beginn mit dem Zitat von Prof. Dr. Wohlmeyer gesagt, dass dies im Raum steht. Jene, die sich intensiv damit beschäftigen, äußern dies so.

Die zweite schwere Fußfessel ist das, was die EU Battle Group und den Rahmen der NATO mit PFP sowie EAPC betrifft. Österreich muss seine umfassende Landesverteidigung nach dem Vorbild der Schweiz, so ist es definiert, rasch in den Griff kriegen und die klare Sichtweise der immerwährenden Neutralität wieder in den Mittelpunkt stellen. Das andere steht ohnedies im Bundesverfassungsgesetz. Die Brandherde in Europa nehmen zu und die diplomatische Vermittlung wird immer wichtiger. Da könnte Österreich sich verstärkt im Sinne der Tradition der ersten vier Jahrzehnte wieder einbringen. Spätestens jetzt ist in dieser Hinsicht aufzuwachen. Die Tiroler würden sagen: «Manda es isch Zeit». Wir müssen etwas unternehmen. Es muss in der ursprünglichen Form wiederbelebt werden, aber abgesichert zumindest durch eine Volksbefragung, damit die Neutralität bei uns in dieser Form zu erhalten und nicht über die Hintertüre abzuschaffen ist. Lieber auf altbewährten Schienen Kurs fahren als am Weg in ein riskantes Abenteuer im Koma auf Hilfe warten. Es ist die bessere Variante, wenn wir das wieder reaktivieren, was sehr gut über vier Jahrzehnte funktioniert hat.

1. Maßnahme: Beschluss im Parlament zur Durchführung einer Volksabstimmung. Die haben ein bisschen Hemmungen. Selbst wenn es nur eine Befragung wäre, wäre es ein Anker zu sagen, das ist der Wille des Souveräns. Wie selten wird bei uns das Volk befragt und einige sagen despektierlich, die sind ohnedies zu dumm dazu. Das ist eine Frechheit und eine Ungeheuerlichkeit gegenüber dem Souverän. Es ist nicht so, dass wir nichts mitbekommen.

Wenn die Entscheidung der Abstimmung oder der Befragung zum Thema «Beibehaltung der Neutralität ja / nein» zu Gunsten der Beibehaltung der Neutralität ausfällt, erfolgt der Ausstieg aus PESCO und PFP und Ausstieg aus den Sanktionen gegen Russland. Letzteres erfolgt nicht, um den

¹⁸ <https://ralphjanik.com/2023/07/04/sky-shield-und-neutralitat/>

¹⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Theo_%C3%96hlinger

Kurs der Russen zu bestärken, sondern um wiederum den Neutralitätsstatus in anerkannter Weise in den Mittelpunkt zu rücken und Verhandlungen einzufordern.

Eine neutrale Allianz mit der Schweiz wäre hoch willkommen.

2. Maßnahme: Volksabstimmung über ÖXIT. Das geht in dem Zusammenhang gleich mit. Wir wissen, dass es starke Zeichen gegeben hat und Potenzial vorhanden ist. Man traut sich nicht. Nur nicht die Leute befragen, nicht dass es so ausgeht wie in England. Man muss die direkte Demokratie ein wenig mehr in den Mittelpunkt rücken.
3. Maßnahme: Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung zu einer ernsthaft betriebenen umfassenden Landesverteidigung in diesen vier Teilbereichen. Teile der Raumverteidigung sind wieder zu reaktivieren. Es braucht keine Taschenspielertricks bei der Umsetzung des Bundesverfassungsgesetzes. Die beschämende Trittbrettfahrermentalität, die man in Eigenkritik der Führung unseres Staates vorwerfen muss, ist abzulegen.

Ja zum Bundesverfassungsgesetz in dieser Form

Ja zur umfassenden Landesverteidigung ULV

Ja zur Neutralität

Gott möge behüten, dass unsere Enkelkinder wieder die verheerenden Folgen eines weiteren Krieges bewältigen müssen. Sewinski ist heuer im August verstorben. Er sagt:

«Der Gedanke, dass die Falschen das Falsche aus der Geschichte gelernt haben, ist genauso beklemmend wie die Vorstellung, dass sie unbelehrbar sind.»

Wir müssen aufpassen, dass unsere Repräsentanten nicht in diese Richtung als unbelehrbar dastehen.

Weitere Vorschläge zur Bewältigung der Herausforderungen könnten sein:

- Es braucht wirkliche Fachleute und charakterstarke Persönlichkeiten in den politischen Berufen auf allen Ebenen. Es müssen wieder die Leute, die etwas im Kasten haben, sich bereit erklären, dass sie das wieder in die Hand nehmen.
- Berücksichtigung des Prozentsatzes an Nichtwählern, die dadurch ihren Protest auslösen und entsprechende Reduzierung der politischen Sitze in den Gremien Nationalrat, Bundesrat, Landesregierungen oder Landtage. Damit wird auch dem Nichtwähler eine gewisse Bedeutung zuerkannt, wenn er sagt, ich bin mit diesen Entwicklungen nicht zufrieden. Dies wäre ein Ansporn für alle politischen Repräsentanten zu mehr Bürgernähe.
Der Souverän in Österreich ist das Volk. Das klingt zwar wie ein Wunsch an das Christkind, es wäre überlegenswert. Wenn man die Gremien reduziert, hätte man heute im Nationalrat statt 183 nur 120 Abgeordnete. Wenn sie so weitermachen, dann noch weniger.
- Schulterchluss mit der Schweiz: Erwin Ringel war damals ein maßgeblicher österreichischer Neurologe und Psychiater und sagte: «Es geht nicht nebeneinander, es geht schon gar nicht gegeneinander, es geht nur miteinander.» Das müssen wir wieder in den Mittelpunkt rücken, auch als Volk. Das Gebot der Stunde ist der Zusammenhalt der heimatverbundenen Österreicher. Das wunderschöne Lied «Dem Land Tirol die Treue» bringt als heimliche Landeshymne den Zusammenhalt gut zum Ausdruck: «Tirol, du bist das Land, dem ich die Treue halte» passt zu unserer Heimat. Wir brauchen wiederum diesen Teilaspekt, dass wir zu unserer Heimat stehen und nicht meinen, wenn du das Wort «Heimat» in den Mund nimmst, fällst Du rechts hinunter. Weil das vom Musikalischen und vom Text her so schön ist, spielen wir das jetzt ein. Das gilt nicht nur für Tirol. Dem Land Österreich gilt die Treue, und zwar so gut es geht, weil wir dazu verpflichtet sind. Den Marsch wollten sie auch schon abschaffen. Öfters muss man ihn spielen, jeden Tag!²⁰

Dem Land Tirol die Treue

Ein Kranz von Bergen stolz und hoch erhoben
Umringt die Heimat, mein Tiroler Land

²⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=PG9OudmF82w>,

Text: <https://www.songtexte.com/songtext/die-jungen-zillertaler/dem-land-tirol-die-treue-5bb443c8.html>

Die Gipfel strahlen hell in ihrem Glanze
Und leuchten weit von steiler Felsenwand

Du bist das Land, dem ich die Treue halte
Weil du so schön bist mein Tiroler Land
Du bist das Land, dem ich die Treue halte
Weil du so schön bist mein Tiroler Land

Ein harter Kampf hat dich entzwei geschlagen
Von dir gerissen wurde Südtirol
Die Dolomiten grüßen uns von Fernen
In roter Glut zum letzten Lebewohl

Du bist das Land, dem ich die Treue halte
Weil du so schön bist, mein Tiroler Land
Du bist das Land, dem ich die Treue halte
Weil du so schön bist mein Tiroler Land

Wir heben das auf Ebene Österreich. Wegen dieser Südtirol-Strophe haben einige gesagt, es gehöre abgeschafft. Haben die noch alle? Öfters gehört es gespielt, aus dem Verständnis und aus der Treue zu unserem Land Österreich. Österreich ist und bleibt ein Juwel unter normalen Bedingungen, wenn alle zusammen helfen auf Erden. Es ist unsere Pflicht, mit aller Kraft für unsere Heimat einzutreten. Jemand, der nicht wissen sollte, wo die Vorteile der Werte eines Abendlandes liegen, muss sich vergegenwärtigen, dass wir in Europa mit unserer Kultur gewaltige Vorteile gegenüber den Zuständen in anderen Kontinenten und Ländern haben: Das Recht auf Freiheit, das Recht auf Gleichheit, Wahl, Stimmrecht und soziale Sicherheit. Peter Hane hat in seinem Buch «Schluss mit Lustig» das Ende der Spaßgesellschaft gefordert. Wir müssen uns wieder jenen Dingen zuwenden, die für die Entwicklung unserer Gesellschaft essenziell sind. Sonst geht es uns wie dem alten Rom. Wir brauchen wieder mehr Vorbilder als Vorschriften und Werte als gelebte Begegnung. Nur eine Gesellschaft mit begründeter Hoffnung hat eine Überlebenschance. Österreich schaffte den Wiederaufbau unter schwierigsten Bedingungen, und es wird uns um Gottes Willen gelingen, jene Instrumente, zu denen die Neutralität dazugehört, wieder in den Mittelpunkt zu rücken.

Der Marsch «Oh, Du mein Österreich», der in zwei Tagen wieder im Mittelpunkt stehen wird, den horchen wir uns an. Wir müssen mal schauen, dass Österreich und sein Kurs wieder in den Mittelpunkt kommen.²¹

So wie ich die Situation meiner Familie in den Mittelpunkt stelle, sollte jeder für das Leben in Freiheit und Frieden, unter Einbeziehung der immerwährenden Neutralität stehen. Es lohnt sich, dafür zu kämpfen. Wenn wir von dem Kurs ablassen, ist es nicht zum Vorteil unseres Landes. Natürlich gibt es den Ruf «Gott schütze Österreich». Aber der Herrgott wird erst schauen, was wir dazu beitragen in der Ausgestaltung unserer Verpflichtung, dem Land beizustehen.

Das waren die drei Themenfelder des ersten Teils. Für mich ist es und bleibt es ein Schatz. Die Frage ist, wie wir das wieder in die Köpfe der Bevölkerung bringen. Die Politik lässt da spürbar aus. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit im ersten Teil.

„Bedeutung der immerwährenden Neutralität!“,

Vortrag 2. Teil von Oberst i.R. Gottfried Pausch am 24.10.2023²²

Ich setze mit dem zweiten Teil fort. Es taucht des Öfteren die Frage auf: «Ist die NATO eine Option für das neutrale Österreich?» Der Begriff «Option» besagt gemäß Duden «Wahlmöglichkeit». Wenn es eine Wahlmöglichkeit gibt, spricht man von einer Option. Die Bezeichnung «Option» trifft im Fall eines geplanten NATO-Beitritts meines Erachtens nicht zu, weil kein Beitrittskandidat, der den Wunsch hat, der NATO

²¹ <https://www.youtube.com/watch?v=f837XZf5kPs>

²²Abschrift des Vortrages. Es gilt das gesprochene Wort. Der Vortrag wurde am 24. Oktober 2023 im Heurigenschank „ZUM BERGER“, WIEN, gehalten (4/5). Er wurde von den Bürgerinitiativen «Bündnis Neutrales Freies Österreich NFÖ», <https://nfoe.at/>, und der «Initiative Heimat und Umwelt IHU» <https://heimat-und-umwelt.at/> veranstaltet.

beizutreten, betreffend der Aufnahmekriterien in dieses Bündnis einen Verhandlungsspielraum hätte. Da gibt's keinen Verhandlungsspielraum, dass einer sagt, dieses oder jenes wollen wir nicht oder das kennen wir nicht. Da gibt es fixe Kriterien. Diese sind sehr streng. Wer sie nicht mitbringt, ist nicht Kandidat.

Ich werde in fünf Stufen darstellen, was der Beitritt zur NATO bedeuten würde. Regie führt dabei das stärkste NATO-Mitglied. Das sind die USA mit seiner Sicht einer Weltmacht. Die NATO braucht, so die Definition, «starke Verbündete» und keine, ich habe es ein bisschen sarkastisch verpackt, schlitzohrig berechnende Trittbrettfahrer. Nach denen kommen wir günstig zu einer Landesverteidigung und unter den Schutzschirm anderer, aber selbst machen wir es nicht ernsthaft. Das geht nicht. Da steigt auch die NATO nicht ein. Ich zeige jetzt das Fähigkeiten-Profil der NATO, so wie es beschrieben ist. Sie trägt die Handschrift der Weltmacht USA.

NATO-Streitkräfte müssen in der Lage sein, der politischen Führung der NATO flexible militärische Optionen zur Verfügung zu stellen. Flexibel, weil das Militär ein Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele ist, und zwar in den vier Dimensionen Land, Luft/Weltraum, See und Cyberraum. Da wird Österreich nicht mal in den Grundfesten mithalten können, handlungsfähige Kräfte und Fähigkeiten bereitzustellen, ich habe die Situation des Bundesheeres im ersten Teil angedeutet. Das ist das Postulat. Die NATO-Streitkräfte müssen gemäß diesem Fähigkeiten-Profil rasch und dimensionsübergreifend agieren und im gesamten Spektrum der oben genannten vier Dimensionen zeitgleich bestehen können.

Der NATO-Beitrittsprozess ist so definiert:

- Man ist hoch willkommen, in der ersten Stufe beim Programm «Partnership for Peace (PFP)» mitzumachen. Das ist eine Art Aufwärmübung.
- Aktive Mitwirkung im Programm «Euroatlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)»
- Dann kommt der «Individual Partnership Action Plan». Da wird also das jeweilige Land durchleuchtet: Was sie selbst haben, welche Fähigkeiten sie in militärischer Hinsicht haben.
- Verhandlungen: Diese sind wesentlich intensiver.
- Die folgende Abstimmung muss einstimmig sein. Sind alle 31 NATO-Staaten einverstanden, dass ein neuer Beitrittskandidat kommt?

Es sind etliche Hürden eingebaut. Die Österreicher sind seit 1995 beim «Partnership for Peace (PFP)» Programm und beim EAPC-Programm dabei.

Beim «Partnership for Peace»- Projekt sind Aktivitäten wie Stabsübungen sowie gemeinsamen Manöver in der Befehlssprache Englisch vorgesehen, damit man sich weiter annähert.

Die Stufe 2 des «Euro Atlantic Partnership Council» (EAPC) umfasst den Bereich des politischen Dialoges. Dieser politische Dialog ist in diesem Format, in dem 31 NATO-Staaten und 20 Partnerländer enthalten sind, NATO-dominiert, im Unterschied zur «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)». Die OSZE arbeitet auf Augenhöhe, was wir für Osteuropa und für Europa brauchen. Es wäre absurd, wenn wir den OSZE-Prozess, den es seit dem Vertrag von Helsinki im Jahr 1975 gibt, nicht bemühen würden.

Der Bereich der zivilen und der militärischen Zusammenarbeit ist Teil des EAPC-Geschehnisses. Allein die Forderung, dass ein Bündnispartner der politischen NATO-Führung flexible militärische Optionen zur Verfügung stellen muss, schließt eigentlich die Aufnahme eines neutralen Staates in diese westliche Bündnisgemeinschaft aus. Das ist diametral entgegenstehend. Aber selbst wenn Österreich seine Neutralität zu Gunsten eines NATO-Beitritts opfern würde, ist nicht gesagt, dass sie uns nehmen. Zuerst müssen wir das Profil mitbringen, das sie verlangen. Das ist kein Sammelsurium von Leuten, die uns Nachhilfeunterricht geben würden. Sie brauchen Streitkräfte und Verbände, die in den vier gewaltigen Dimensionen mithalten können.

Jetzt kommt in diese Betrachtung hinein die Sky Shield-Absichtserklärung. Die Verteidigungsministerin hat dies dem Parlament erst sehr viel später kundgetan. So geht's nicht. Das sind die klassischen

Taschenspielertricks. Es geht dabei um das Raketenabwehrsystem IRIS-T, das wir näher beleuchten. Die kürzere Distanz, wo diese Raketen eingesetzt werden, beträgt bis 25 km. Es sind vier Systeme vorgesehen, die die Reichweite von 40 km haben.

Der Plan zur NATO-Erweiterung schaut so aus:

- Derzeit sind 31 Staaten Teil des Bündnisses.
- Der Beitrittskandidat war bis zum 12. Juli 2023 Schweden. Das Land absolviert derzeit den Beitrittsprozess. Die Schweden haben jetzt, nachdem die Türkei den Widerstand aufgegeben hat, gute Chancen, der 32. Staat zu werden.
- Ferner ist der Beitrittskandidat Bosnien Herzegowina zu nennen. Die Schweden sind im Beitrittsprozess, die Bosnier der Beitrittskandidat.
- Auf dem Tisch liegt die Einladung für die Ukraine und Georgien.
- Es gibt weitere Staaten, wie Russland, für die kein Beitritt aus Sicht der NATO vorgesehen ist. Mit den Russen haben sie vorher verhandelt. Dieser Verhandlungsprozess ist jetzt unterbrochen.
- Finnland ist neu dabei.

Die Türkei hatte wegen der Koranbuchgeschichte ursprünglich nein gesagt. Das ist ein politisches Tauziehen, da geht es nicht um die Bücher, sondern um andere Sachen. Sie haben sich geeinigt am 12. Juli. Somit ist Schweden im Beitrittsprozess. Ich sage, das ist eine politische Inszenierung, es ist kein Wunschkonzert, dass einer sagt, ich wünsche mir das oder das. Es handelt sich um klar genormte Kriterien, die man erfüllen muss.

Die Phase 3 wäre für uns eine deutliche Hürde: Wenn dies jemand beleuchtet, wie schaut es aus mit der umfassenden Landesverteidigung des neutralen Österreichs? Wie schaut es aus mit der Neutralität insgesamt? Derzeit sind die Parameter nicht so gut und die Hürde wird für die NATO-Mitgliedstaaten mit 2% des nationalen Bruttoinlandsprodukts vorgegeben. Das ist die Latte für die NATO-Mitgliedstaaten, dass sie dies für die militärische Landesverteidigung aufweisen. Das Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 2022 habe ich hergenommen, da es abgeschlossen ist. (Für 2023 ist es höher, aber man kennt noch nicht die neuen Werte.) Bei 447,7 Milliarden Euro des letzten Jahres 2022 würden 2% einen Aufwand für das österreichische Bundesheer für die militärische Landesverteidigung von 9 Milliarden bedeuten. Wir haben jetzt 3,3. Es wäre also das Dreifache nötig. Man muss die Spielregeln kennen. Wir müssten 5,8 Milliarden drauflegen. Wir müssen wissen, was ein NATO-Beitritt bedeutet. Deshalb wird die NATO wegschauen und unter diesen Umständen nein sagen. Aber wir reden schon so, als wären wir nahezu drinnen. Das geht so nicht. Es gibt ein neues Logo, ein neues Motto «Mission vorwärts», aber der Geldsegen bleibt aus. Die 16 Milliarden, die ich erwähnt habe, sind auf 10 Jahre gestreckt. Man muss man aufpassen, dass man nicht einem Schwindelkurs aufsitzt.

Wäre die NATO als Schutzmacht eine Alternative? Man braucht nur in den NATO-Vertrag²³ hineinschauen, was die NATO-Mitgliedstaaten im Artikel 5 zu gewärtigen haben:

- «Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird.»
Einer für alle und alle für Einen, so wie die Musketiere.
- «Sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet²⁴, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für

²³ <https://lxgesetze.de/nato-vertrag/4>

²⁴ Damit ist die weiter unten erwähnte Klammer gemeint.

erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.»

Das ist ein bisschen dehnbar, aber die Klammer ist gesetzt. Bei der GASP in der EU sind zwei Klammern gesetzt. Österreich hat einen gordischen Knoten zu lösen.

Erstens ist derzeit keine Voraussetzung gemäß den Kriterien für einen NATO-Beitritt gegeben.

Zweitens begründen die Mitwirkung bei NATO-PFP und EAPC noch keine Beistandspflicht. Wir sind noch nicht auf den Prüfstand des «Schritt 3» gestellt worden. Somit ist die NATO kein Schutzfaktor für uns. Sie hat keine Veranlassung, wenn wir nicht mehr auf dem Tisch legen und nicht mehr Akzeptanz finden. Sie ist kein Schutz per se, was logisch ist. Aber wir reden zum Teil so, als wäre schon ein Schutz gegeben.

Die Alternative gibt es seit 1975, bei der Österreich eine ganz wichtige Rolle spielen kann. Das ist die OSZE. Diese gibt es, aber sie wird mehr oder weniger ausgeblendet und es wird auf NATO-Sichtweisen gesetzt. Wien ist mit der Hofburg ein seit Jahren sehr anerkannter OSZE-Standort. Da haben die Österreicher einen Stein im Brett. Ein kurzer Blick hinein in die OSZE²⁵.

Wenn man diese Klammer zwischen europäischen und asiatischen Anteilen in der OSZE mitberücksichtigt, wo ja alles über China, Russland, Indien, SOZ²⁶ bzw. BRICS²⁷-Staaten bis in den Mittleren und Nahen Osten hereinwirkt, ist die OSZE ein Format in Augenhöhe, auch was Russland betrifft. Dies ist im Unterschied zum EAPC, in der die NATO Russland dominant zur Seite schiebt. Warum das nicht aufgegriffen wird? Weil wir unter Druck stehen, es nicht mehr so zu sehen, wie wir es selbständig und selbstbewusst sehen sollten? Das neutrale Österreich kann im Rahmen dieses Friedensprozesses zu Lösungen und zur Entwirrung dieser derzeitigen unerfreulichen Entwicklungen wesentlich beitragen. Wäre die NATO als Schutzmacht eine Alternative? Meine persönliche Überzeugung: einfach Nein. Der beste Schutz für unsere Heimat ist eine glaubhafte Neutralitätspolitik, wie sie sich bewährt hat und eine effektive umfassende Landesverteidigung.

Wir kommen zu Sky Shield: Gefahr oder realistischer Schutz? Es folgen ein paar wichtige Aspekte. Aus einem wissenschaftlichen Artikel, den ich aus der Stiftung «Wissenschaft und Politik des Deutschen Institutes für internationale Politik und Sicherheit» ausgegraben habe, zitiere ich die Einleitung²⁸:

- Mit dem europäischen Sky Shield Projekt der Initiative hat Deutschland seinen Führungsanspruch in der europäischen Luftverteidigung angemeldet.

Irgendjemand muss das Koordinieren. Deutschland den Führungsanspruch angemeldet. Es war Bundeskanzler Scholz, der am 22. August in Prag in einer Grundsatzrede gesagt hat, Deutschland will in seine Fähigkeiten bei der Luftverteidigung investieren und dabei die Führungsrolle übernehmen. Alle europäischen Partner sind eingeladen, sich ebenfalls bei diesem Projekt zu beteiligen. Inzwischen haben 19 Staaten bekundet, dass sie das tun wollen und hier mitwirken. 16 von 31 NATO-Staaten und drei nicht NATO-Mitglieder mit Schweden (als noch nicht beigetreten), Österreich und der Schweiz. Es sei «nur» eine Absichtserklärung.

Es geht im Papier weiter:

²⁵ https://www.youtube.com/watch?time_continue=9&v=sO-rSmem-E0&embeds_referring_uri=https%3A%2F%2Fwww.osce.org%2F&source_ve_path=MzY4NDIsMzY4NDIsMjg2NjY&feature=emb_logo, 0 - 1:33

²⁶ «Shanghai Organisation für Zusammenarbeit», kurz SOZ

²⁷ Brasilien, Russland, Indien und China, Südafrika; ab 2024 kamen Iran, Ägypten, Äthiopien und die Vereinigten Arabischen Emirate dazu.

²⁸ Unter https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2023A40_ESSI.pdf ist ein ähnliches Dokument von der gleichen Stiftung zu finden.

- Die Verteidigung gemeinsam anzudenken, ist begrüßenswert, aber schwierig umzusetzen. Wichtige europäische Partner, auch wenn sie eingeladen wurden, allen voran die NATO-Staaten Frankreich und Italien, sind aber derzeit nicht gewillt, Deutschland zu folgen.

Aus historischen Gründen? Sie sagen, «so nicht». Frankreich ist ein großer Brocken, Italien und weitere. Insgesamt sind es 15, die nicht mitmachen. Die NATO ist nicht so geschlossen hinter diesem Projekt.

Warum macht die Türkei bei dieser Einladung nicht mit? Weil die Türkei selbst ein russisches Raketenabwehrsystem, das S-400, implementiert hat. Jetzt kann man sagen, die Türken sind so gut wie aus der NATO gedanklich draußen, der Machtmensch Erdogan hat sein Auge auf die großen strategischen Bündnisse geworfen und ist eher dort beheimatet.

Macron hat das im Zuge der 70-Jahr-Feier der NATO 2019, vor 4 Jahren, gesagt. Vielleicht hat er geglaubt, die Mikrofone seien ausgeschaltet, aber dieser Satz ist dokumentiert:

- «Die NATO ist hirntot. Europa stehe am Rand des Abgrunds und laufe Gefahr nicht mehr selbst über sein Schicksal bestimmen zu können.»

Da liegt was Wahres drinnen. Und Österreich will sich unter diesen Aspekten annähern? Ich glaube nicht, dass der Weitblick beim Bestreben, dorthin zu tendieren, derzeit allzu groß ist. Natürlich trommelt die NATO die Einigkeit und stellt sie zur Schau.

Andere entsenden hochmodernes Gerät in diese Konfliktherde hinein. NATO-Streitkräfte müssen gemäß Diktion des Fähigkeiten-Profiles in der Lage sein, der politischen Führung der NATO flexible militärische Optionen zur Verfügung zu stellen. Andere, wie die Deutschen, sind oftmals im Fokus, auf die Art «wenn es sein muss», was nicht immer die beste Voraussetzung ist. Aus meiner Sicht ist Österreich gut beraten, selbstbewusst seinen eigenen Weg als neutraler Staat zu gehen und als Vermittler in Krisenzeiten zu fungieren, so wie wir es in der Tradition zum Glück auch schon viel besser konnten.

Es geht weiter im Papier:

- Die fehlende politische Einheit in der EU und NATO zeigt, dass der deutsche Vorstoß die europäischen Sicherheitsinteressen nicht genug berücksichtigt, sonst gäbe es nicht Hälfte der NATO-Staaten solche Ressentiments. Die Partner sind nicht überzeugt und viele Fragen zur strategischen, militärischen, industriellen und ökonomischen Ebene sind in diesem Projekt Sky Shield offen. Soll die Sky Shield Initiative Europas Schutz im Bereich der Luftverteidigung spürbar verbessern, muss Berlin als koordinierende Stelle Antworten zum strategischen Gleichgewicht und zu militärisch sinnvollen Lösungen europaweit geben.

Die Russen sind für einen dauerhaften Frieden in Europa mit einzubinden. Europa geht bis zum Ural. Wir glauben, Europa sei nur der Bereich der EU. Nein, es geht bis zum Ural. Daher kann man auf die Russen für einen dauerhaften Frieden gar nicht verzichten. Das ist die Zuständigkeit der OSZE, wie ich meine. Wir hätten die beste Bühne, wegen der 57 Mitglieder auch in den asiatischen Raum hinein, hier uns zu bewähren. Die Absichtserklärung der österreichischen, der Schweizer Verteidigungsministerin und des deutschen Verteidigungsministers, weil er die koordinierende Instanz darstellt, ist für mich zu dem jetzigen Zeitpunkt unverständlich.

Zurück zum Text:

- Zurzeit besteht in allen europäischen Streitkräften eine Fähigkeitslücke bei der Bekämpfung ballistischer Flugkörper, die in der obersten Abfangschicht fliegen und über 1'000 km Reichweite haben.

Dort ist ein Mangel. Österreich will es mit 25 und 40 km Reichweite versuchen und Teil dieses Systems werden. Das ist Kurzsichtigkeit in den politischen Dimensionen.

Ballistische Flugkörper sind Raketen, die auf unterschiedliche Entfernungen gegen militärische Ziele zum Einsatz kommen. Das könnten Drohnen sein, das könnten feindliche Flugkörper sein, Hubschrauber jeder Art, Jets, auch Anti-Satelliten-Raketen, die damit erfasst werden. Daher kennen wir deren Reichweite.

Die Kategorien sind interessant:

- Die unterste Entfernung ist bis 150 km, die Österreich mit dem IRIS-T System abdecken will.
- Bei den Kurzstreckenraketen unterscheidet man zwischen Gefechtsfeld- und klassischen Kurzstreckenraketen, die bis 800 km gehen.
- Die mittlere Entfernung reichen bei Mittelstreckenraketen bis 2400 km.
- Bis 5'500 km werden von Mittelstreckenraketen Intermediate Range,
- große Entfernungen bis 15'000 km von Interkontinentalraketen und
- von U-Boot gestützte Raketen bis über 15'000 km abgedeckt.

Es gibt Bedarf an jenen mit großen Reichweiten. Kurz- und Mittelstreckenraketen wurden bislang primär mit konventionellen Sprengköpfen ausgestattet, also ohne atomare Dimension. Seit Ende des Kalten Krieges 1989 werden zunehmend auch Kurz und Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen bestückt. Deshalb hat Russland keine Freude, wenn die Ukraine ein neues NATO-Mitglied wird. Es ist verständlich, dass das nicht einfach ist.

Wir schauen uns diese Dimensionen auf eine andere Art und Weise an. Es gibt auf der untersten Ebene IRIS-T, was von den Deutschen forciert wird, und ein britisches System. Das britische System ist vom Prinzip her, was die Komponenten betrifft, gleich aufgestellt. Das Britische verfügt über 45 km Reichweite, einen Splitter-Gefechtskopf und ist eine konventionelle Waffe. Wir haben die Absicht, vier IRIS-T-Systeme mit 40 km und vier mit 25 km zu beschaffen.

Vergessen wir nicht, dass das Original des Staatsvertrages in Moskau liegt. Im dort enthaltenen Artikel 13²⁹ wird das «Verbot von Spezialwaffen» geregelt:

- «Österreich soll weder besitzen noch herstellen noch zu Versuchen verwenden»
«irgendeine Atomwaffe,»
Das war die Sicht am Ende des zweiten Weltkrieges, wo die zwei Atombomben in Hiroshima und Nagasaki gefallen sind.
- «irgendeine andere schwere Waffe, die jetzt oder in Zukunft als Mittel der Massenvernichtung verwendbar gemacht werden kann»
Die Massenvernichtungswaffen entsprechen den bestückten Sprengköpfen.
- «und als solche durch das zuständige Organ der Vereinten Nationen bezeichnet worden ist,»
- «irgendeine Art von selbstgetriebenen oder gelenkten Geschossen, Torpedos sowie Apparaten, die für deren Abschuss und Kontrolle dienen,»
- Es gibt einen Passus mit Seeminen, Torpedos und U-Booten, was zwar für Österreich nicht zutrifft, aber ein Teil dieses Vertragstextes ist.
- «Geschütze mit einer Reichweite von mehr als 30 km»
Es ist nicht so wie beim Fleischer mit «Darfs ein paar Deka mehr sein?». Das ist ein Vertrag. Die Russen könnten uns auf den Prüfstand stellen und fragen, was macht ihr denn?
- Es gibt einen weiteren Vertragsteil mit chemischen und biologischen Substanzen.
- «Die Alliierten und Assoziierten Mächte behalten sich das Recht vor, zu diesem Artikel Verbote von irgendwelchen Waffen hinzuzufügen, die als Ergebnis wissenschaftlichen Fortschritts entwickelt werden könnten.»

²⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4rische_und_Luftfahrt-Bestimmungen_des_Staatsvertrages_von_Wien_1955

Österreich muss sich immer mehr die Frage stellen lassen, wie macht ihr das mit den Bestimmungen des Staatsvertrages? Oder wollt Ihr es über die Hintertüre richten? Das geht mit Taschenspielertricks nicht. Viele wissen das. Andere in unserem Lande scheinen es nicht zu wissen oder nicht ernst zu nehmen.

Die nächste Dimension bis zu 200 km erfüllt das System «Patriot», das bessere Module enthält und mit 1,1 Milliarden eine entsprechende Menge Geld kostet. Dieses System würde weiter reichen als IRIS-T.

Die Schweizer Regierung hat im Rahmen ihrer Luftverteidigung derzeit den Plan, Patriot-Systeme in Dienst zu stellen, obwohl sie kein EU-Mitgliedstaat ist. Das könnte aber eine Volksabstimmung in der Schweiz auslösen. Bei uns ist das leider anders. Man könnte über solche Grundsätze mindestens eine Befragung durchführen. Aber da sind die Verantwortlichen restriktiv und bringen das Argument, «Wir können ja die Leute nicht fragen». Das ist ein Mangel.

Die nächstgrößere Dimension schließt eine Kombination aus USA und Israel ein:

- Arrow 3: Da sind wir bei 2'400 km.
- EGIS...³⁰

Das, was mit Sky Shield symbolisch gemeint ist, ist ein Luftverteidigungsschirm über ganz Europa. Da reden wir über größere Entfernungen wie 68 km Patriot oder gar IRIS-T.

Die Reichweite von 2'400 km ist mit Arrow 3 möglich. Ab September in 2 Jahren wird Deutschland mit diesem System ausgestattet sein. Sie werden in den Kreis jener gehören, die über solche Raketensysteme verfügen. Das ist die Entwicklung. Damit können feindliche Lang- und Mittelstreckenraketen Kontinent-übergreifend erfasst und in einer Höhe von 100 km zerstört werden. Der Zug der Zeit ist rasant unterwegs in Richtung zusätzlicher Konfrontation. Naher Osten, Mittlerer Osten, Ukraine – weiß Gott, wie sich dies noch erweitern könnte.

Luftverteidigung wird ganzheitlich angedacht. Sie ist technisch sehr anspruchsvoll, wenn sie funktionieren soll, weil zahlreiche Faktoren aufeinandertreffen. Wir schauen uns die Wirkungskette an: Damit das Ganze halbwegs zu einer Minimierung von Gefahren führt, muss die gesamte Wirkungskette dieses Konstruktes mit der Aufklärung durch Satelliten bzw. Radar beginnen. Das sind die Augen, die Fühler, die erkunden. Anschließend geht es über die «Command and Control»-Strukturen, das sind Computersysteme, die mit der Verarbeitung der erfassten Daten befasst sind. Dann geht es hin zu den Raketenabschussrampen, die Bekämpfungseinheiten. Das muss alles verbunden sein, die Daten werden in Echtzeit übertragen. Bei der Abwehr von ballistischen Flugkörpern des Gegners vergeht zwischen Abschuss der Raketen und Ausschaltung der feindlichen Ziele nur ganz kurze Zeit. Das geht fast sofort. Da kann man nicht mehr telefonieren, ob Österreich mitmacht oder nicht. Das ist automatisiert.

Integrierte Luftverteidigung im Rahmen von Sky Shield bedeutet, dass sämtliche militärische Dimensionen mit Land, Luft, See und Cyberraum der NATO berücksichtigt werden. Vernetzt sind die Kampfjets, die Drohnensysteme, also die unbemannten Bodensysteme, Fregatten, Command and Control, IT-Systeme und Satellitensysteme. Vollkommene Sicherheit, das haben die Israelis jetzt gemerkt, gibt es nicht. Wenn 50 Ziele im Radarbild sind, kann Patriot fünf herauspicken. Was ist mit die restlichen 45? Es gibt schon Lücken. Hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht.

Jedem Einsatz militärischer Gewalt geht immer ein Scheitern der Politik voraus. Nun müssten wir in der Politik die richtigen Größen, Visionäre, haben, wie man aus der Zwickmühle wieder herauskommt. Schallenberg ist für mich in dem Fall kein großes Vorbild. Er sagte, innerhalb Europas gäbe es keine Neutralität. Ich bin mir nicht sicher. Aber es wird mal so kommuniziert.

³⁰ Bezeichnung nicht verstanden

Bei der Beteiligung in diesem Sky Shield könnte Österreich nicht nur mehrere Milliarden los sein, sondern unser Land auch an die NATO indirekt gekettet werden und die Neutralität sowie die eigene Freiheit im Handeln massiv gefährden. Das halte ich für Österreich für den falschen Weg.

Betrachten wir mögliche Denkfehler anhand von Karikaturen:

- «Bei Sky Shield wird es für Österreich Sonderregelungen geben, wenn wir mitmachen. Ob geschossen und wann geschossen wird, behalten wir uns vor.» Diesen Weg halte ich eher für ausgeschlossen. Wenn dies ruckbar wird, werden wir nicht dabei sein.
- Das könnte eine Konversation sein: «Hallo Brüssel nicht schießen – Veto aus Vienna»
«Wie bitte? Was heißt hier...? Kusch! Frechheit!» Das werden kürzere Funksprüche sein und es geht los. Etwas humorvoll ist das gezeichnet.

Ein eigenes Süppchen wird man in diesem Zusammenhang eher nicht kochen können.

Bei den Waffengattungen erwähne ich kurz die «bodengebundene Luftabwehrtruppe». Wir haben Systeme in der Fliegerabwehr. Das sind Fire-and-Forget-Waffen, wie die «Mistral»³¹. Sie sind zusammengefasst derzeit in einem Fliegerabwehrbataillon mit Sitz Aigen im Ennstal und Zeltweg. Wir haben auch die 3,5 cm Fliegerabwehrkanone, was eher für kurze Distanzen gedacht ist. Ferner die leichte Fliegerabwehr-Lenkwanne «Mistral». Sie verfügt über eine Abschussvorrichtung und einem Zielzuweisungsradar, der bei uns Flamingo heißt. Diese Abwehrsysteme müssten aber zur aktiven Fliegerabwehr in allen Kampfverbänden vorgesehen sein, nicht nur in einem Bataillon. Kampfverbände haben mit Hubschrauber, Drohnen und dergleichen im Einsatz zu rechnen. Da müssten die Abwehrsysteme hinein, aber da haben wir nichts. Das ist nicht gut. Milizkameraden und Reservisten sind zwar keine Berufssoldaten, aber sie können solche Fliegerabwehr-Lenkwanne des Typs Mistral relativ leicht handhaben. Beim Raketenabwehrsystem werden Spezialisten gebraucht. Wir sind wiederum beim Thema ausreichende Bewaffnung der Verbände des Bundesheeres. Jeder Kampfverband müsste über diese leichte Fliegerabwehr-Lenkwanne Mistral verfügen. Man erkennt den Aufholbedarf im Bereich der Fliegerabwehr.

Das Prinzip, wenn etwas daher kommen sollte, das zu bekämpfen ist, ist folgender Ablauf:

- Die Radareinheit erfasst es,
- das Kontrollzentrum berechnet es und
- die Raketenwerfer werden aktiviert und etwas entgegengeschossen.

Es gibt aber Waffensysteme, die sich auf solche Raketenabwehrstationen spezialisieren, wie auch immer sie heißen. Weitreichende Luftverteidigungssysteme ziehen die Aufmerksamkeit des jeweiligen militärischen Kontrahenten auf sich. Wo auch immer die acht Systeme in Österreich stehen würden, ...

- ...im Raum Wien vermutlich,
- in Allentsteig,
- in der Einsatzzentrale in Berg in St. Johann EZB oder
- vielleicht in Zeltweg,

sie sind mobil einsetzbar. Wenn jemand österreichisches Staatsgebiet für die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen nutzen wollte, fürchte ich, dass etwas auf uns zukommt. Ich hielte es für einen schweren Fehler, vielleicht näher in Richtung Kriegsschauplatz gezogen zu werden.

Sollte dieses Projekt tatsächlich eine weitreichende Abwehr feindlicher Raketen ermöglichen, was angepeilt wird, werden diese Systeme vom Gegner zuerst ins Visier genommen und bekämpft. Die Russen haben das in der Ukraine so gemacht, damit sie die Lufthoheit erringen. Wenn nichts mehr da ist, tun sie sich leichter.

³¹ Mit einer Reichweite von 6 km (bis maximal 3 km Bekämpfungshöhe) gemäß [https://de.wikipedia.org/wiki/Mistral_\(Rakete\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Mistral_(Rakete))

Aber auch Systeme, wie IRIS-T mit kurzer Reichweite, rücken damit in den Fokus. Wollen wir das? Ich glaube, das wäre ein Fehler. Je nach Eskalationsstufe können sich dabei auch in der kurzen Entfernung atomare Sprengköpfe hinein schwindeln.

Unter diesem Aspekt gibt es keine hundertprozentige Sicherheit. Meine Risikoanalyse, aber auch die Kosten-Nutzen-Rechnung würde ergeben, dass das IRIS-T-System mit acht Waffenträgern insgesamt ineffektiv ist, auch in der politischen Einschätzung, was das bedeuten würde.

Finale Bewertung: Sky Shield trägt nicht zur Entspannung und Sicherheit Österreichs bei, wie es suggeriert wird, sondern ist ein Signal, das aus russischer Sicht die NATO in die Lage versetzt würde, einen Präventivschlag zu führen, auch einen mit Atomwaffen, wie es bereits frühere Konzepte vorsahen. Sie werden einiges unternehmen, um diesen Sky Shield auch im Kern möglicherweise mit ganz modernen Waffen zu bekämpfen.

Es ist nicht auszuschließen, dass dies auch die Stationen in Österreich betrifft. Europa und Österreich müssen zu einer Politik zurückkehren, die die eigenen Interessen voranstellt und die realpolitischen Gegebenheiten zur Kenntnis nimmt. Der Ukraine Krieg hat meiner Ansicht nach nichts daran geändert, dass eine dauerhafte euroatlantische Sicherheitsordnung nur mit und nicht gegen Russland errichtet werden kann. Wir müssen uns durchringen, das wird uns nicht erspart bleiben. Die Neutralität Österreichs ist ein wichtiger Baustein einer europäischen Friedensordnung und kann in der EU eine wesentliche Stimme des Friedens sein. Statt Sky Shield bräuchte Österreich

- eine eigenständige aber wirklich effektive Verteidigung für unseren Luftraum, den wir derzeit noch nicht so optimal geschützt haben, die Überflüge von Kriegsparteien verhindern kann sowie
- eine ausreichende Anzahl von Abfangjägern. Unsere insgesamt 15 Maschinen sind in die Jahre gekommen. Zudem ist eine entsprechende Anzahl nötig.
- Bodenluftraketen, wie eben die Mistral, könnte den Schutz unseres Luftraumes bewerkstelligen.

Diese 2 Milliarden, die nach Berichten für Sky Shield für Österreich aufgewendet werden sollen, wären besser in die Aufrüstung der eigenen umfassenden Landesverteidigung und Luftverteidigung investiert. Anstatt sich am neuen Wettrüsten zu beteiligen, könnte Österreich mit einer aktiven Friedenspolitik und einer glaubwürdigen Landesverteidigung zur Erde und in der Luft die Friedensordnung in Europa mehr unterstützen und mehr bewirken. Statt einer Wiederauflage des Wettrüstens wäre eine Neugestaltung des Entspannungsprozesses gefragt. Wien war schon einmal Ort eines europäischen Friedenskongresses. Warum nicht wieder? Man muss es aber ordentlich und nicht schlitzohrig machen.

Es folgt die Perspektive: Wäre es nicht vernünftig, die Erarbeitung der neuen Sicherheitsstrategie abzuwarten, bevor die Regierung solche Schritte setzen möchte? Dazu macht sie diese Schritte im Alleingang, ohne Einbindung des Parlaments und ohne umfassende Information der Öffentlichkeit über die Risiken, Kosten und Befehlsgewalt? Es ist eine Tatsache, dass im Ernstfall die Raketen auf österreichischen Boden von der NATO gesteuert würden und nicht vom Bundesheer allein. Die Verschmelzung zwischen EU und NATO stellt Österreich vor eine schwierige Aufgabe, da die EU ihre sicherheitspolitischen Entscheidungen in völliger Übereinstimmung mit der NATO trifft. Das ist die Verankerung, das ist realpolitisch leider der Fall. Es wird dem Geschick unserer Neutralitätspolitik vorbehalten sein, in diesem Dilemma einen gangbaren Weg zu finden. Die derzeitige Politik, die Neutralität zu beschwören, ohne neutral zu handeln, ist weder für Österreich noch für Europa ein gangbarer Weg. Das Fazit aus meiner Sicht ist:

- Keine Beteiligung an diesem Sky Shield
- Die NATO ist keine Option

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.